



Wachsende Kritik an der OECD-Mindeststeuer

Erträge von Schweizer Konzernen sind geringer als erwartet

PETER A. FISCHER

Die Schweiz hat die OECD-Mindeststeuer per Anfang 2024 als eines der ersten Länder eingeführt. Inzwischen wenden rund 50 Industrieländer – von Europa über Asien bis nach Brasilien und Kanada – das OECD-Mindeststeuerregime für international tätige Konzerne an. Es soll den Steuerwettbewerb einschränken und im Gegenzug Doppelbesteuerungen verhindern. Offiziell eine Sonderbehandlung erwirkt haben einmal mehr die USA; China, Indien und Brasilien dürften folgen.

Die Eidgenossenschaft führte den OECD-Mindeststeuersatz unter internationalem Druck ein, um nicht auf einer schwarzen Liste der OECD zu landen. Laut den Regeln müssen Konzerne mit einem Umsatz von 750 Millionen Euro und mehr einen nationalen Gewinnsteuersatz von mindestens 15 Prozent bezahlen. Die nationale Mindestbesteuerung wird durch eine vom Bund geregelte nationale Ergänzungssteuer (Domestic Minimum Top-up Tax, DMTT) sichergestellt, die dort anfällt, wo der Steuersatz der Kantone zu einer Steuerbelastung unter 15 Prozent führt. Dies ist in gut drei Vierteln der Kantone der Fall, wobei die OECD andere Berechnungsgrundlagen anwendet als der Bund. Wird zudem der Gewinn in einer der ausländischen Tochtergesellschaften mit weniger als 15 Prozent besteuert, kann der Sitzstaat der Muttergesellschaft für die Differenz eine internationale Ergänzungssteuer (IIR) erheben, was die Schweiz seit 2025 tut. Dafür gelten die betroffenen Konzerne dann international als in Übereinstimmung mit den OECD-Vorschriften und sollen von weiteren Ländern nicht mehr doppelt besteuert werden.

Bund gefällt die neue Abgabe

25 Prozent des Aufkommens der Ergänzungssteuer erhält in der Schweiz der Bund, der Rest bleibt bei den Kantonen. Der Bund scheint denn auch Gefallen an der neuen Steuer gefunden zu haben. In seinen Schätzungen geht er von einem zusätzlichen Steueraufkommen von 1 bis 2,5 Milliarden Franken pro Jahr bei den Konzerngesellschaften und zusätzlichen 0,5 bis 1 Milliarden durch die Hinzurechnung aus den Tochtergesellschaften aus. Grosse Verluste durch Verlagerungen von Konzernaktivitäten ins Ausland werden nicht erwartet.

Anders sehen dies allerdings Steuerexperten. Am Donnerstag hat Deloitte Schweiz eine Studie mit eigenen Berechnungen präsentiert. In dieser hat die Beratungsfirma untersucht, wie sich die Ergänzungssteuer in 46 an der Schweizer Börse kotierten Schweizer Konzernen in den vergangenen beiden Jahren ausgewirkt hat. Laut der Untersuchung haben diese Firmen 2025 bemerkenswerterweise Ergänzungssteuern im In- und Ausland von «nur» 564 Millionen Franken bezahlt. Die 25 Prozent oder maxi-

mal 0,14 Milliarden Franken davon für den Bund wirken neben einem erwarteten Unternehmenssteueraufkommen des Bundes von insgesamt rund 16 Milliarden Franken bescheiden.

Knapp drei Viertel der Ergänzungssteuern entfielen auf die beiden grossen Basler Pharmakonzerne Novartis (262 Millionen) und Roche (155 Millionen). Dies erhöhte die Gesamtsteuerbelastung bei Novartis um 2 Prozentpunkte, bei Roche um 0,9 Prozentpunkte. Zweitwichtigste Branche nach der Pharma war der Finanzsektor, der 16 Prozent der von Deloitte ermittelten Einnahmen beisteuerte. Relativ gesehen am stärksten stieg die Steuerbelastung durch die Ergänzungssteuern mit 2,35 Prozentpunkten offenbar bei Julius Bär.

Gut die Hälfte der untersuchten Konzerne zahlte allerdings laut Deloitte überhaupt noch keine Ergänzungssteuern. Im Durchschnitt betrug der Anteil der Ergänzungssteuern am gesamten ausgewiesenen Gewinnsaufwand pro Konzern lediglich 2,9 Prozent.

Einige grosse Unbekannte

Gegenüber 2024 haben sich die Erträge der OECD-Ergänzungssteuer 2025 allerdings mehr als verdoppelt. Deloitte führt dies auf die neu eingeführte internationale Ergänzungssteuer (IIR) auf ausländischen Tochtergesellschaften und auf das Auslaufen von Übergangsvorschriften zurück. Weil immer mehr Staaten die Mindeststeuer anwenden und diese künftig bei amerikanischen, chinesischen, indischen und brasilianischen Tochterfirmen nicht mehr anfallen wird, dürfte das Aufkommen der IIR jedoch künftig sinken.

Die von Deloitte ermittelten Einnahmen sind bisher deutlich geringer als vom Bund in Aussicht gestellt. Allerdings hat die Studie einige Schwachstellen. Sie analysiert nur die Summe der bezahlten Ergänzungssteuern und nicht ihre Aufteilung nach Ländern. Erfasst werden keine nichtkotierte Firmen und keine Tochtergesellschaften ausländischer Firmen. Bisher dürften vor allem amerikanische Konzerne, die substantielle Teile ihres Steuersubstrats in ihren Schweizer Tochtergesellschaften besteuern liessen, wesentlich zum Aufkommen beigetragen haben. Wie attraktiv diese Besteuerung unter den neuen Regeln noch ist, bleibt unklar.

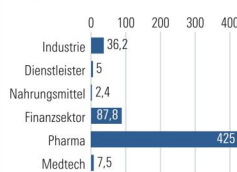
Die Steuerexperten von Deloitte monieren, dass die OECD-Ergänzungssteuer bei den betroffenen Firmen und kantonalen Steuerverwaltungen einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand verursacht. Ein Viertel der untersuchten Schweizer Konzerne geht offenbar von jährlichen Zusatzkosten von über einer Million Franken aus.

Nicht zuletzt führe das neue OECD-Regime zu einer ordnungspolitisch unerwünschten Verlagerung weg vom Steuer- hin zu einem undurchsichtigen Subventionswettbewerb, sagt der Steuerexperte Thomas Hug warnend. Er sieht die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz vor allem in den Schlüsselbereichen Pharma und Finanzen, gepaart mit der Ungleichbehandlung mit in den USA domizilierten Konzernen, gefährdet. Hug schlägt deshalb vor, eine Unternehmenssteuerreform IV mit Fokus auf die Förderung von Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und auf effiziente Steuerverwaltung auf den Weg zu bringen. Dabei würde er auch stärker zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die in der Schweiz von tieferen Steuersätzen profitieren sollen, und der Besteuerung grösserer Konzerne unterscheiden wollen.

Dass man sich dem OECD-Mindeststeuerregime als Schweiz einfach wieder ganz entziehen kann, glauben allerdings die meisten Experten nicht. Zu gross ist der Druck der zahlreichen klagenden Hochsteuerländer, die zu den wichtigen Handelspartnern der Schweiz zählen. Und zu gross der Wunsch der vielen aus der Schweiz heraus operierenden Konzerne, von diesen Staaten als «compliant» angesehen zu werden. Kreative Lösungen sind gefragt.

Die beiden grossen Basler Pharmakonzerne steuerten fast drei Viertel zum erfassten Ergänzungssteueraufkommen bei

Anteil am Aufkommen der OECD-Ergänzungssteuern unter den beobachteten kotierten Schweizer Konzernen 2025, in Millionen Franken



Von 46 erfassten Konzernen zahlten 25 überhaupt keine Ergänzungssteuern in der Schweiz.

QUELLE: DELOITTE SCHWEIZ, APRIL 2026

NZZ / pfi.